

## **Vorlage für die Sitzung des Senats am 16. Oktober 2012**

### **„Mindestlohn auch für Bürgerpark-Tombola-MitarbeiterInnen“ (Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft Landtag)**

#### **A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit setzt sich der Senat dafür ein, dass auch den bei der Bürgerpark-Tombola eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Mindestlohn nach dem Bremischen Landesmindestlohngesetz gezahlt wird?
2. Käme für den Senat eine Aussetzung beziehungsweise Nicht-Verlängerung seiner Schirmherrschaft über die Bürgerpark-Tombola infrage, sollte der Bürgerparkverein nicht bereit sein, seine dort eingesetzten Beschäftigten nach dem im bremischen Landesmindestlohngesetz festgelegten Mindestlohn zu zahlen?

#### **B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

##### **Zu Frage 1:**

Der Senat hat sich in mehreren Gesprächen mit Vertretern des Bürgerparkvereins dafür eingesetzt, dass zukünftig allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tombola der vorgesehene Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde gezahlt wird. Er begrüßt die Absicht des Bürgerparkvereins, dies mit Beginn der nächsten Bürgerpark-Tombola im kommenden Jahr auch zu tun.

##### **Zu Frage 2:**

Der Senat wird über die Gewährung einer Schirmherrschaft entscheiden, wenn eine entsprechende Anfrage des Bürgerparkvereins vorliegt.

#### **C. Alternativen**

Werden nicht empfohlen.

**D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen zur Beantwortung der Anfrage.

Eine Mindestlohnregelung für Bürgerpark-Tombola-Mitarbeiterinnen käme insbesondere Frauen zugute.

**E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage ist mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Abstimmung ist eingeleitet dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

**F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Geeignet

**G. Beschlussvorschlag**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei vom ... der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) oder Stadtbürgerschaft zu.